

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

ZUM 1. MAI: GUTE ARBEIT – GERECHTE TEILHABE

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Arbeit ist mehr als nur ein Job. Deshalb wollen wir nicht nur Arbeit für alle, sondern auch gute Arbeit:

- Gerechte Löhne für gute Arbeit – Verhinderung von Lohndumping durch flächendeckende Mindestlöhne
- Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch gute und flexible Kinderbetreuung sowie familienfreundliche Arbeitszeiten
- Vermeidung prekärer Beschäftigung – Begrenzung der Auswüchse der Leiharbeit
- Qualifizierte Aus- und Weiterbildung für alle
- Anerkennung der Leistung von älteren Arbeitnehmern und flexible Rentenzugänge

Gute Arbeit ist Selbstbestätigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gute Arbeit ist deshalb eines der Schwerpunktthemen der SPD Baden-Württemberg. Unter Beteiligung zahlreicher Gewerkschafter und Betriebsräte treiben wir Projekte rund um das Thema Gute Arbeit voran, entwickeln unsere Positionen weiter und melden uns auch auf Bundesebene zu Wort. Gemeinsam wollen wir gute Arbeit, faire Regeln und soziale Standards in allen Bereichen unserer Wirtschaft unter



teilweise völlig veränderten Bedingungen sicherstellen. Hierfür wollen wir möglichst viele gesellschaftliche Bündnispartner in Baden-Württemberg gewinnen.

Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Teilhabe und innerbetriebliche Demokratie sind kein Bremsklotz, sondern Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg. Deshalb verteidigen wir die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Ausweitungen bei der Mitbestimmung. Starke Gewerkschaften sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Demokratie. Sie sind die stärkste Kraft, die für demokratische Beteiligung im Wirtschaftsleben und für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen sorgt. Wir wollen das bewährte System, in dem die Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber, die Tarifvertragsparteien und Betriebs- und Personalräte gestaltet werden, aufrechterhalten und stärken. Dasselbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für die Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Fähigkeit zu Innovationen setzt auch Sicherheit voraus. Nur Beschäftigte, die nicht davon ausgehen müssen, morgen nicht mehr im selben Betrieb zu sein, identifizieren sich mit diesem und setzen sich für dessen langfristige Ziele ein. Auch deshalb bekennen wir uns zum gesetzlichen Kündigungsschutz.

Aufschwung für alle

Gute Arbeit hat ihren gerechten Lohn. Arbeit sorgt mit hohen Löhnen für Massenkaufrkraft und für Eigentumsbildung für viele.

Es ist deshalb unser politisches Ziel, dabei mitzuhelfen, das hart errungene gute Lohnniveau in Baden-Württemberg zu halten und auszubauen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer haben durch zurückhaltende Tarifabschlüsse in den letzten Jahren mit die Grundlagen für den nachhaltigen und wirkungsvollen Aufschwung gelegt. Nun sollen sie auch durch gute Lohnabschlüsse von den Früchten dieses Aufschwungs profitieren. Wir wollen, dass der Aufschwung bei allen ankommt. Deshalb unterstützen wir die ambitionierten tarifpolitischen Ziele der Gewerkschaften.

Dort, wo Tarifautonomie nicht mehr funktioniert, wollen wir mit Gesetzen für faire Arbeitsbedingungen und Mindestlöhne sorgen. Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Wir stehen deshalb dafür, die eingeführten Mindestlöhne auf weitere Branchen auszuweiten und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Auch das heimische Handwerk profitiert durch den Schutz vor Dumpinglöhnen durch faire öffentliche Vergabebedingungen. Die SPD Baden-Württemberg hat sich deshalb gemeinsam mit dem Handwerkstag massiv für die Anhebung der Vergabegrenzen und die Ausweitung eingeschränkter öffentlicher Vergaben eingesetzt. Mit Erfolg: Die Landesregierung hat dem Druck nachgegeben. Dies ist Ansporn für uns, diesen Weg entschieden weiterzugehen.

Herzlich,
Eure

Ute Vogt
Landesvorsitzende

Projektgruppe Gute Arbeit beim SPD-Landesverband:

Lars Castellucci (mail@lars-castellucci.de),
Peter Hofelich (info@peter-hofelich.de),
Martin Rosemann (mrosemann@gmx.de)

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

Landesvertreterversammlung Europa 20. September 2008 Lindenhalle, Ehingen an der Donau

Beginn:
11.30 Uhr

Begrüßung:
Hilde Mattheis, stellvertretende Landesvorsitzende

Eröffnung: Ute Vogt,
Landesvorsitzende

Evelyne Gebhardt: „Unser Weg zum Europa der Menschen“

Antragsberatung

Einbringung der Liste zur Europawahl 2009: Ute Vogt,
Landesvorsitzende

Beschlussfassung über die Kandidatenvorschläge

Wahl der Delegierten zur Bundesvertreterversammlung am 8. Dezember 2008 in Berlin

Schlusswort: Jörg Tauss,
Generalsekretär

Ende: 16.30 Uhr

AUS DEM PARTEILEBEN

Gesine Schwan erhält Heckerhut



„Es gibt keine politische Entscheidung, die absolut gut ist“ – Gesine Schwan, ehemalige Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, sprach es deutlich an: Die Handlungsmöglichkeiten von Politik, die sich nur auf den Nationalstaat bezieht, sind geringer geworden. Ihre Rede, mit der sie sich für den „Heckerhut“ des Kreisverbands Konstanz bedankte, gab aber auch Hoffnung: Politik habe zuerst die Aufgabe, die Würde aller Menschen zu sichern. Eine wertgebundene Politik sei trotz vieler Zielkonflikte möglich. Mit dem Heckerhut ehrt der SPD-Kreisverband Menschen, die sich um die soziale Demokratie verdient gemacht haben. 160 Jahre, nachdem der badische An-

walt und Landtagsabgeordnete Friedrich Hecker 1848 in Konstanz die Republik ausgerufen hatte, ging die Auszeichnung damit erstmals an eine Frau. Der Heckerhut soll daran erinnern, dass Freiheit und Gerechtigkeit nicht von alleine kommen, sondern täglich neu erkämpft werden müssen. „Gesine Schwan gibt ein Beispiel dafür, dass die Werte der demokratischen Revolution nicht auf dem Altar der Globalisierung geopfert werden müssen“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende Peter Friedrich in seiner Laudatio. ■

Informationsfahrt des Beirats Europa



Die diesjährige Informationsfahrt des Beirats Europa führte nach Wien und Bratislava. Im Reiseprogramm enthalten waren unter anderem Besuche der nationalen Parlamente von Österreich und der Slowakischen Republik. Dabei hatten die Teilnehmer Gelegenheit zu Gesprächen mit dem österreichischen Nationalrat und Internationalen Sekretär der SPÖ Andreas Schieder, dem Generalsekretär der slowakischen SMER Jan Richter sowie Abgeordneten der SMER-Fraktion. Erstmals hatte die Gruppe in diesem Jahr journalistische Begleitung aus zwei Redaktionen. Das Bild zeigt die Reisegruppe vor dem österreichischen Nationalrat in Wien. ■

AGS-Diskussion zu dezentraler Energieversorgung



Auf einer Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen zum Thema „Unabhängigkeit durch dezentrale Energieversorgung“ in Pforzheim herrschte Einigkeit, dass vor dem Hintergrund immer knapper werdender fossiler Brennstoffe und dem weltweit wachsenden Energiebedarf die Energiepreise auch in Zukunft weiter steigen werden. Damit die Energiekosten für den Verbraucher bezahlbar blieben, müsse die Energieeffizienz gesteigert werden. Bei einem Passivhaus etwa liege der Energiebedarf bei nur ca. zehn Prozent des Durchschnittsverbrauchs. Auch

die Kopplung von Wärme und Strom, wie sie in Blockheizkraftwerken umgesetzt wird, stelle eine intelligente Energienutzung dar. Alle Teilnehmer sprachen sich für den Ausbau regenerativer Energien aus. Schätzungen zufolge gibt es derzeit 200 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich. ■

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM MAI

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Karl Armbruster in Wiesloch, Erich Barsuhn in Michelbach, Martin Baumgärtner in Sachsenheim, Heinrich Becht in Füssen, Anna Bolch in Heilbronn, Thomas Brunckhorst in Gundelfingen, Gerhard Drenckhahn in Stuttgart, Wolfgang Eckle in Kirchberg, Werner Eisen in Mannheim, Magdalena Engelhardt in Schrozberg, Günter Erlewein in Heilbronn, Werner Feilcke in Knittlingen, Ingrid Ferri in Waiblingen, Lore Fischer in Herrenberg, Hans Frank in Böblingen, Alfred Grammer in Leinfelden-Echterdingen, Heinz Haas in Stuttgart, Waltraud Hanselmann in Ramm, Ingeburg Hilcken-Koerth in Freudenberg, Erich Johner in Riegel, Hueseyin Kilim in Weinheim, Lore Krist in Heidenheim, Rainer Lepsius in Weinheim, Kurt Mehlin in Grenzach-Wyhlen, Hanne Mörck in Adelsheim, Tihomir Petrovic in Oberndorf, Willy Philipp in Urbach, Gertrud Pieper in Leimen, Hermann Rau in Gomaringen, Eleonore Rehm in Villingen-Schwenningen, Marie-Luis Roming in Bodelshausen, Tamara Rothfuss in Karlsruhe, Heinrich Schäfer in Mannheim, Egon Scheuermann in Laudendach, Rudolf Schieler in Freiburg, Gerhard Sinz in Hohberg, Elfriede Specht in Reichenbach, Edith Tietz in Salach und an Marta Wichmann in Heidelberg

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Oskar Flik in Althengstett, Zita Maerz in Elztal, Josef Maier in Oberkochen und an Paul Michel in Stuttgart

ZUM 95. GEBURTSTAG

an Gertrud Kühnle in Fellbach und an Margarethe Schang in Laupheim

ZUM 97. GEBURTSTAG

an Hedwig Remmele in Heidelberg

ZUM 99. GEBURTSTAG

an Hildegard Bockermann in Laufenburg

ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Christa Aspacher in Stuttgart, Günter Dietze in Bopfingen, Richard Herrmann in Titisee-Neustadt, Fritz Lehr in Hockenheim, Helmut Schäckeler in Waiblingen, Eleonore Schnepfle in Untereisesheim, Alfons Schrank in Hockenheim, Robert Schuster in Vaihingen, Karl von Au in Dossenheim und an Karl Zachmann in Karlsruhe

ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM

an Jenny Langer in Stuttgart, Albert Schwärzler in Mannheim und an Erhard Walde in Erbach

ZUM 73. JUBILÄUM

an Anneliese Wagner in Göppingen

TERMINE MAI 2008

SAMSTAG, 3./SONNTAG, 4.
Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Tuttlingen

DONNERSTAG, 8.
Gesprächskreis Christen, Stuttgart

FREITAG, 9.
Präsidium, Stuttgart

MITTWOCH, 21.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

DIENSTAG, 27.
Regionalkonferenz mit Gewerkschaftern, Nordwürttemberg

MITTWOCH, 28.
Regionalkonferenz mit Gewerkschaftern, Südwürttemberg

ASG-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 30.
ASF-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 31.
SPD-Zukunftskonvent, Nürnberg

Großes Familienfest der SPD Baden-Württemberg am Samstag, 14. Juni 2008 im Freizeitpark Ravensburger Spieleland!

Nähere Informationen auf www.spd-bw.de

DIE REFORM DER PFLEGEVERSICHERUNG

WEICHENSTELLUNG FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE PFLEGE

Von Marion Caspers-Merk MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit

Am 14. März 2008 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung beschlossen. Damit ist eine Debatte beendet worden, mit deren Ergebnis man sowohl aus gesundheitspolitischer als auch sozialdemokratischer Sicht zufrieden sein kann – denn wir haben der Pflege mehr Gesicht, mehr Zeit und mehr Qualität gegeben. Dazu zählt die Einführung der Pflegezeit, die berufstätigen Angehörigen die Möglichkeit bietet, sich zur Übernahme der Pflege für bis zu sechs Monate von ihrer Arbeit freistellen zu lassen. Dabei müssen sie keinerlei Nachteile auf ihr bestehendes Arbeitsverhältnis befürchten, denn sie sind im vollen Umfang sozial versichert und es besteht für die gesamte Pflegezeit der volle Kündigungsschutz.

Durch strengere Regeln und mehr Transparenz sorgen wir für eine verbesserte Pflegequalität. So wird die Über-

prüfung der Heime zukünftig unangemeldet und jährlich stattfinden. Die Prüfberichte des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung werden erstmals veröffentlicht und durch die symbolische Darstellung der Prüfergebnisse – beispielsweise in Form eines Ampelsystems – kann der Verbraucher schnell die Qualität der Einrichtung einschätzen und sich mit aktuellen, qualitätsgesicherten Informationen versorgen.

Auch wird die Pflege im ambulanten Bereich für Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz verbessert. Ab dem 1. Juli 2008 steigt der Betreuungsbetrag von bislang 460 Euro jährlich auf bis zu 200 Euro monatlich, um zusätzliche Hilfen finanzieren zu können; und zwar erstmals auch dann, wenn noch keine Pflegestufe zuerkannt wurde. So profitieren vor allem demenziell Erkrankte und behinderte Menschen von höheren Leistungen und neuen Betreuungsmöglichkeiten.

Mit der Einführung von Pflegestützpunkten hat sich die SPD gegen den Willen der Union durchgesetzt. Sie bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger wohnortnahe, unabhängige Beratung aus einer Hand für alle Fragen rund um die Pflege. Die Länder sind für die Einführung der Pflegestützpunkte verantwortlich. Ihnen obliegt es, die Qualität sicherzustellen und zu zeigen, wie wichtig ihnen moderne Pflege ist. Für Baden-Württemberg bedeutet dies die Möglichkeit, eine Anschubfinanzierung von ca. acht Millionen Euro zu nutzen, so dass maximal 150 Pflegestützpunkte errichtet werden können.

Mit der Verabschiedung der Reform haben wir wesentliche Ziele erreicht. Dennoch bleiben aus sozialdemokratischer Sicht zwei vorrangige Aufgaben auf der Reformagenda bestehen. Dies sind die bezahlte, kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege – denn es ist nicht einzusehen, dass man kranke



Kinder bezahlt zehn Tage zu Hause pflegen kann, pflegebedürftige Eltern aber nicht. Langfristig streben wir die Pflegebürgerversicherung an, um die Risiken zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung auszugleichen und die Pflege solidarisch und nachhaltig zu finanzieren. ■